

Trotz allem sind Aktien das bessere Sparbuch

25.01.2022 um 17:59

von Norbert Rief



Langfristig profitieren Aktienanleger (c) APA/dpa/Arne Dedert (Arne Dedert)

Aktien sind langfristig eine gute Geldanlage. Bei der aktuellen Inflationsrate wäre die Wiedereinführung einer Behaltefrist im Interesse der Sparer.

Wer derzeit Aktien besitzt, braucht gute Nerven. Ein möglicher Krieg in der Ukraine sorgt für große Verunsicherung, dazu kommen wohl bald steigende Zinssätze, die Aktien unattraktiver machen. Es gab schon bessere Zeiten, um sein Geld in Firmen zu investieren.

Oder auch nicht. Denn wenn man sich die historische Entwicklung ansieht, hat man mit dem Aktienmarkt trotz aller Krisen immer Geld verdient. Die Kollegen vom "Standard" haben sich anlässlich ihrer zehntausendsten Ausgabe (Glückwunsch an dieser Stelle) ausgerechnet, wie die Entwicklung gewesen wäre, hätte man bei der ersten Ausgabe (1988) 10.000 Euro in Aktien investiert. Mit dem

weltweiten Aktienindex MSCI World wären daraus bis heute 65.000 Euro geworden, in Österreich hätte man mit dem ATX sogar knapp 75.000 Euro gemacht.

Der Thinktank Agenda Austria hat die Entwicklung von 2011 bis 2021 durchgerechnet und kommt bei einem Investment von 10.000 Euro in internationale Aktien auf einen Wert von 29.709 Euro. Gold legte binnen zehn Jahren auf 14.514 Euro zu. Und was ist mit dem guten alten Sparbuch, noch immer die liebste Anlageform der Österreicher? Aus 10.000 Euro wurden bis 2021 exakt 12.654 Euro. Rechnet man die Inflation dazu, dann bleibt man nur knapp im Plus.

Würde man in den Schulen statt die Berührungspunkte von Tangenten zu berechnen etwas mehr Finanzwissen unterrichten, es läge heute nicht der Großteil des beachtlichen Geldvermögens der Österreicher von 799 Milliarden Euro auf Sparbüchern, sondern deutlich mehr als die aktuell 38 Milliarden Euro wären in Aktien investiert. Die Aktionärsquote in Österreich liegt im einstelligen Prozentbereich, in der Schweiz und in Schweden sind es etwa 20 Prozent, in den Niederlande gar 30 Prozent, und in den USA sagten in einer Gallup-Umfrage 56 Prozent, dass sie mindestens eine Aktie besitzen.

Bei solchen Zahlen kommt einem die Debatte rund um die Wiedereinführung einer Behaltefrist für Aktien umso skurriler vor. Im Regierungsprogramm haben sich ÖVP und Grüne darauf verständigt, eine Frist einzuführen, nach der Aktien steuerfrei verkauft werden können. Die gab es bereits bis zum Jahr 2012, sie lag damals bei einem Jahr. Aktuell bezahlt man unabhängig von der Behaltedauer 27,5 Prozent Steuer auf den Gewinn.

Jeder, der rechnen kann und sich die Inflationsraten ansieht, wird sein Geld nicht auf einem Sparbuch oder unter der Matratze liegen lassen. Das ist derzeit die sicherste Art der Geldvernichtung.

Die SPÖ war damals in der Regierung die treibende Kraft für die Abschaffung dieser sogenannten Spekulationsfrist - und sie ist heute der lautstärkste Gegner einer Wiedereinführung. Kurzgefasst argumentieren die Sozialdemokraten damit, dass nur Reiche und Millionäre davon profitieren würden.

Jetzt gibt es durchaus auch in den Reihen der SPÖ Politiker mit wirtschaftlicher Ahnung – und es würde uns doch sehr überraschen, wenn sie keine Aktien besäßen. Jeder, der rechnen kann und sich die Inflationsraten ansieht, wird sein Geld nicht auf einem Sparbuch oder unter der Matratze liegen lassen. Das ist derzeit die sicherste Art der Geldvernichtung. Es sind also zweifellos nicht nur die Reichen, die in Österreich Aktien besitzen.

Mit einer Behaltefrist würde man den Menschen helfen, ihr Geld langfristig anzulegen, man würde den Aktienbesitz fördern – etwas, was Wirtschaftsexperten seit Jahren forcieren möchten – und man würde den heimischen Kapitalmarkt stärken.

Spekulanten trifft man auch weiterhin, weil sie Aktien selten länger als ein paar Tage oder Wochen besitzen. Teilweise sogar nur für Sekundenbruchteile - der sogenannte Hochfrequenzhandel ist für viele Investmentfirmen ein lukratives Geschäft geworden, den Unternehmen bringt er nichts. Dass man dagegen etwas tun sollte, darauf kann man sich verständigen.

Aber warum es grundsätzlich böse und verwerflich sein soll, Anteile an einem Unternehmen zu besitzen, in das man Vertrauen hat, kann uns die SPÖ nur schwer erklären. Vor allem, wenn man sich die eingangs geschilderten Renditen ansieht. Eigentlich sollte die SPÖ, wenn sie ihre Doktrin ernst nimmt und die Arbeiterklasse aus der Armut befreien will, den Aktienbesitz nicht verteufeln, sondern vielmehr fördern.